

CDU-Ratsfraktion Wipperfürth | Dellweg 3a | 51688 Wipperfürth



CDU

RATSFRAKTION
WIPPERFÜRTH

Rede zum Haushalt 2019

CDU-Ratsfraktion Wipperfürth

Friedhelm Scherkenbach
Fraktionsvorsitzender
Dellweg 3a
51688 Wipperfürth

Telefon: 0172/ 261 33 17
E-Mail: friedhelm.scherkenbach@web.de

Wipperfürth, den 26.02.2019

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren des Rates und der Verwaltung,

Beginnen möchte ich meine diesjährige Haushaltsrede mit einem großen Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der gesamten Stadtverwaltung. Sie alle haben auch im vergangenen Jahr die Wünsche, Anregungen und Anliegen der Bürgerinnen und Bürger der Hansestadt Wipperfürth aufgenommen und bearbeitet. Jeder für seinen Bereich und jede und jeder an den unterschiedlichsten Positionen. In den einzelnen Punkten meiner Rede werde ich sicher noch den ein oder anderen Fachbereich gesondert erwähnen, aber allen für Ihren Einsatz an dieser Stelle seitens der CDU Fraktion nochmals ganz herzlichen Dank.

Der Haushalt 2019 selber stellt sich für uns zunächst wieder sehr ernüchternd dar. Nach dem Stand vom 8.2.2019 gehen wir im Gesamtergebnisplan mit einem planerischen Minus von knapp 1,9 Mio. € ins Haushaltsjahr 2019. Nach einem Minus von knapp 5,2 Mio. € im abgelaufenen Haushaltsjahr eigentlich ein gutes Ergebnis. Viel wichtiger aber ist das Ergebnis für das Haushaltsjahr 2020, in dem wir unseren Haushaltsausgleich schaffen müssen um aus dem Nothaushalt herauszukommen.

Dieses scheint nach heutigem Stand zu funktionieren, denn mit einem planerischen Gewinn von 36.828,00 € ist das Ergebnis positiv, aber wie der Kämmerer in der Vorlage zum HFA schreibt „spitz auf Kante genäht“. Ich habe hier schon die veränderte Summe aus der heutigen Alternativrechnung des Kämmerers genannt, die errechnet wurde, wenn die Grundsteuer B beim bisherigen Satz von 550 v.H. Punkten bestehen bleibt. Wenn auch eng und „auf Kante genäht“, aber trotzdem mit einem guten Gefühl, im nächsten Jahr aus dem Nothaushalt herauszukommen sollten wir die Zukunft angehen. Es liegen noch viele Aufgaben und viel Arbeit vor uns. Unzählige Faktoren, die uns überraschen können, zum Positiven wie auch zum Negativen. Alleine die zahlreichen Veränderungen seit der Einbringung des Haushaltes am 18.12.2018 bis zum heutigen Tag zeigen, dass die Zahlen sich ständig verändern werden.

Aber was können wir tun, um diese unzähligen Faktoren zum Positiven zu beeinflussen?

Die **Gewerbesteuer** zum Beispiel, für uns als Kommune eine der wichtigsten Einnahmequellen, kann man beeinflussen, indem man Firmen und Betrieben Flächen zur Ausweitung oder zur Neuansiedlung anbieten kann. Wenn auch bei zwei unserer großen Industriebetriebe der Standort gesichert und erweitert werden konnte, darf man sich auf diesen Erfolgen nicht ausruhen! Seit Ihrem Antritt im Jahr 2009, Herr Bürgermeister, verlangt die CDU von Ihnen eine Ausweitung der Gewerbeflächen. In der Presse war letzte Woche noch zu hören, dass sich bereits 30 Interessenten für die neuen Flächen in Lindlar beworben haben. Das zeigt doch den Bedarf, und der geht im Moment komplett an uns vorbei.

Ein weiteres Beispiel: Auch das **Gemeindefinanzierungsgesetz** kann man ein Stück weit beeinflussen, indem wir Menschen und Familien wieder für Wipperfürth begeistern und die seit Jahren sinkende Einwohnerzahl wieder nach oben bringen. Wir reden zwar im Moment nur von 0,1 – 0,2 % p.a., aber Fakt ist: die Einwohnerzahl sinkt!!! Steigende Einwohnerzahlen lassen auf höhere Landespauschalen in unsere Kasse hoffen. Auch hier, Herr Bürgermeister, wurde in Ihrer bisherigen Amtszeit in dieser Richtung nichts unternommen.

Das wir hier einen großen Bedarf haben wurde uns von unserem Justizministers Peter Biesenbach auf unserem Neujahrsempfang nochmals deutlich gemacht. Ich möchte seine Rede an dieser Stelle nicht wiederholen, aber aus Sicht der Nachbarn hielt er den Gästen, vor allem aber dem Bürgermeister den Spiegel vor, in dem nicht viel Gutes zu erkennen war.

Nehmen wir die schon erwähnten **Gewerbeflächen** und die **Flächen für Wohnbebauung**. Aus seiner Sicht haben wir alleine bei diesen beiden Themen absolut geschlafen, auch wenn jetzt seit kurzem der ein oder andere Erfolg durch die Bebauungsflächen Reinshagensbusch und den Flächen auf den Kirchdörfern zu verzeichnen ist. An dieser Stelle darf ich mich bei allen Mitarbeitern des Fachbereiches Bauen, Planen,

Wohnen bedanken, dass wir endlich Bewegung in die Sache bekommen haben und wir nun endlich Flächen anbieten können. Die starke Nachfrage nach Wohnraum und Bauplätzen zeigt doch sehr deutlich, dass bei uns schon vieles möglich gewesen wäre, hätte man sich früher hierum bemüht.

Ein weiterer großer Kritikpunkt in Ihren Haushaltsplanungen sind die **Personalkosten**. Im Zeitraum von 2014 bis 2019 sind diese um fast 32 % gestiegen. Diese Mehrausgaben sind dauerhaft nicht mehr zu finanzieren.

Herr Bürgermeister – in den vergangenen 6 Jahren Ihrer Amtszeit ist der Aufwand der Personalkosten in Ihrer Verwaltung von 495 € auf 650 € pro Bürger angestiegen, das sind 31 %! Seit ihrem Antritt haben Sie es geschafft die Personaldecke von 173,6 auf 203,8 um satte 20 % zu steigern. Von Einsparungen, die die CDU immer wieder von Ihnen gefordert haben, kann hier keine Rede sein.

Ebenso die Situation der **Eigenkapitalquote**. Diese nimmt mittlerweile ebenfalls dramatische Züge an. Von den ursprünglich im Jahr 2007 vorhandenen 44,3 Millionen sind am Ende Ihrer 2. Amtszeit noch ganze 10,3 Millionen übrig.

Und wie steuert der Bürgermeister gegen? Weiterhin nur mit Erhöhungen von Steuern und Gebühren.

Dass die CDU eine weitere Erhöhung der **Grundsteuer B** in diesem Jahr nicht mittragen würde haben wir in den letzten 4 Jahren mehr als deutlich gemacht.

Bereits bei der Erhöhung der Grundsteuer B im Jahre 2015 wurde eine erneute Erhöhung für 2019 angekündigt und in der Finanzplanung regelmäßig mit aufgeführt. Seit diesem Zeitpunkt (2015) hat die CDU – Fraktion den Bürgermeister immer wieder aufgefordert, diese geplante Erhöhung durch andere Maßnahmen zu kompensieren um einen weiteren Anstieg zu verhindern. Was ist passiert? Nichts !!! Jahr für Jahr war die Erhöhung der Grundsteuer B Bestandteil der Haushaltsplanungen um den Ausgleich in 2020 hinzubekommen. Einsparpotenziale aufzeigen = Fehlanzeige. Die neue Berechnung des Kämmerers zeigt uns jedoch, dass es Einsparmöglichkeiten gibt.

Der Kämmerer hat uns in seinen Ausführungen, sowohl im HFA als auch heute Abend auf die Risiken dieser neuen Berechnung ausreichend hingewiesen und ob wir die Beibehaltung des Hebesatzes in den nächsten Jahren halten können liegt sicher an vielen weiteren Faktoren, aber die CDU – Fraktion wird die Erhöhung auf 590 Prozentpunkten in diesem Jahr aufgrund der neu vorgelegten Alternativberechnung ablehnen!

Wenn der Bürgermeister in seiner Rede zum Haushalt auch sagt:

„wir bewegen uns damit immer noch am Durchschnitt in Oberberg, der für 2019 exakt bei 590 Prozent liegen wird“

so ist die CDU der Meinung, dass wir in Wipperfürth besser sein müssen als der Durchschnitt. Die Einwohnerzahl in Wipperfürth ist in den letzten Jahren stetig gesunken. Wenn wir hieran was ändern wollen, dann ist der Hebesatz zur Grundsteuer B einer von vielen weichen Standortfaktoren die hilfreich sein können, den Wohnort Wipperfürth wieder interessant zu machen.

Also „Besser sein als der Durchschnitt“ das kann nur unsere Prämisse sein.

Schlechter als der Durchschnitt liegen wir in Wipperfürth bei den **Friedhofsgebühren**. Hier sind wir mit Abstand weit über dem Durchschnitt im oberbergischen Kreis. Auch hier fordern wir seit Ihrem Amtsantritt in 2009 eine Senkung der Gebühren. Auch hier: Es passiert nichts. Nach über zehn Jahren wird ein externes Konzept beauftragt, erst die Verweigerung der CDU Ende letzten Jahres, einer weiteren Erhöhung der Gebühren zuzustimmen führte dazu, dass die Gebühren für das Jahr 2019 auf dem gleichen Niveau wie 2018 bleiben.

Ein weiterer großer Schritt in Puncto „Entlastung der Bürgerinnen und Bürger“ war unser Antrag die KAG Gebühren zunächst für 3 Jahre auszusetzen. Mit unserer Resolution an die Landesregierung waren wir mit Lindlar Vorreiter. Mittlerweile entscheiden sich immer mehr Kommunen für diesen Schritt und wir sind optimistisch, dass die Landesregierung zu einer Gesetzesänderung kommen wird, welche die Grundstücksbesitzer entlasten wird.

Bei der **Gewerbesteuer** geht der Kämmerer in seinen Planungen bereits seit Jahren mit Vorsicht heran und er tut gut daran. Wir können uns besser am Jahresende über höhere Einnahmen, gegenüber den vorsichtigen Planungen, freuen als wenn die Planungen zu hoch angesetzt werden und wir am Jahresende einen Einbruch erleben würden.

An dieser Stelle darf ich dem Kämmerer und allen Mitarbeitern aus dem Finanzbereich für diese neue Berechnung, aber auch für deren Begleitung in unseren gesamten Haushaltsberatungen recht herzlich danken. Sie alle machen einen guten Job!!

Wenn ich zu unseren Anträgen komme, dann sehen Sie, dass wir uns auf 6 Schwerpunktthemen konzentriert haben:

Ich denke, die Begründungen zu den einzelnen Anträgen sind durchaus nachvollziehbar und ich muss diese an dieser Stelle nicht alle wiederholen, möchte an der ein oder anderen Stelle aber noch folgendes ergänzen:

Raumkonzept:

An unserem ausführlichen Antrag ist zu erkennen, dass wir zu der akuten Raumnot der Verwaltung ein ganzheitliches Raumkonzept erwarten.

Der neu erstellte Schulentwicklungsplan hat ergeben, dass es Raumüberhänge an den großen städt. Schulen gibt, die sicherlich für Entlastung bei der Raumknappheit der Verwaltung sorgen kann.

Ebenso ist der Umzug der Stadtbücherei Ende letzten Jahres thematisiert worden. Es gibt sicherlich viele gute Gründe für das Ladenlokal an der Lüdenscheider Straße und die CDU-Fraktion begrüßt generell die Steigerung der Attraktivität der Stadtbibliothek. Dazu gehört sicherlich eine gute fußläufige Erreichbarkeit und ein barrierefreier Zugang aber angesichts der finanziellen Situation der Stadt müssen auch kostengünstigere Alternativen untersucht werden.

Hierzu muss man zunächst alle Kosten für einen solchen Umzug und die jährlichen Nebenkosten kennen. Nur zu sagen „das kostet jährlich zusätzlich 57.000,00 € an Miete“ ist hier zu kurz gegriffen. Diese Kostenberechnungen wurden uns von der Verwaltung zugesagt und müssen dann in einem Gesamtkonzept mit einfließen. Erst dann kann und sollte man über einen Umzug nachdenken.

Zur Raumplanung der Kath. Grundschule Agathaberg erwartet die CDU – Fraktion sehr zeitnah erste Schritte seitens der Verwaltung. An dieser Schule ist in den letzten Jahrzehnten, außer Flickschusterei nichts, ich betone, nichts geschehen. Wir erwarten zeitnahe Lösungsvorschläge unter der Prämisse: Erhalt der Grundschule in Agathaberg.

An dieser Stelle noch eine kurze Anmerkung auf die kürzlich veröffentlichten Anmeldezahlen an den Wipperfurther Schulen:

Die Anmeldungen zeigen, dass wir mit dem Festhalten an dem dreigliedrigen Schulsystem eine richtige Entscheidung getroffen haben. Der SEP prognostiziert für die kommenden Jahre konstante Zahlen, sowohl im Grundschulbereich als auch in den weiterführenden Schulen. Was uns Sorgen bereitet sind natürlich die Anmeldezahlen des EvB Gymnasiums. Wir haben für unser Gymnasium mit der Einführung des gebundenen Ganztages eine wichtige Entscheidung getroffen und mit dem Neubau der Mensa und den Umbaumaßnahmen im Altbestand richtig viel Geld investiert. Ich denke nun muss das EvB Gymnasium zeigen, dass die Entscheidung und auch die Investitionen gerechtfertigt sind. Nun muss für den Ganztagsunterricht und das EvB Gymnasium geworben werden um für die Zukunft höhere Anmeldezahlen vorweisen. Wir sollten das in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Schule und Soziales dringend thematisieren.

Leitung RGM:

Am 16.11.2018 wurde den Mitgliedern der beiden Räte von Hückeswagen und Wipperfurther das von uns geforderte Gutachten zum RGM vorgestellt. In der anschließenden Diskussion hatte ich für die CDU Wipperfurther bereits an diesem Abend gefordert, dass die Stelle des Leiters des RGM, sowie dessen Stellvertreterin mit 100 % bemessen sein muss. Eine 75 % Stellenbemessung ist für uns nicht akzeptabel. Hierbei wurden wir durch weitere Wortmeldungen anderer Fraktionen unterstützt. Weiterhin hatten wir die Beteiligung der Politik im Lenkungsreis gefordert die ursprünglich von beiden Verwaltungsspitzen nicht vorgesehen war.

Wie in der Begründung zum Antrag geschrieben haben wir als Rat der Stadt Wipperfurther keine Einflussnahme, da das RGM unter der Federführung der Schloßstadt Hückeswagen geführt wird, allerdings sollte unsere Verwaltungsspitze Ihren Einfluss geltend machen. Daher möchte die CDU-Fraktion mit ihrem Antrag, durch einen Ratsbeschluss den Bürgermeister auffordern sich für die Erhöhung auf eine 100 %ige Bemessung einzusetzen. Mit 64 % der Immobilien, haben wir einen Anteil von 2/3 der Gesamt zu

betreuenden Immobilien. Die ständigen Diskussionen um das RGM zeigen doch die deutliche Unzufriedenheit auf Wipperfürth'scher Seite. Es muss sehr schnell eine wahrnehmbare Verbesserung eintreten.

Stellen wir uns vor, die Hansestadt Wipperfürth würde den **gemeinsamen Bauhof** beider Städte so führen, wie Hückeswagen das RGM. Wir haben einen Leiter für den Bauhof, der zu 100 % für die Leitung des Bauhofes eingestellt wurde. Wir haben nach den vorliegenden Ergebnissen des Konzeptes sofort Gelder zur Verfügung gestellt, um den Fuhrpark und die Maschinen auf Vordermann zu bringen, immerhin 1 Mio. € im letzten Jahr und für dieses Jahr wiederum ein Budget von 450.000,00 €. Und durch die Budgetierung, die von der CDU im letzten Jahr beantragt wurde, sprechen wir nicht mehr über jedes einzelne Gerät das angeschafft werden muss. Das liegt einzig und allein im Ermessen des Bauhofleiters und durch seine 100 %ige Präsenz leistet er mit der gesamten Mannschaft im Bauhof einen Super Job!

Breitbandausbau:

Die schriftliche Begründung im Antrag spricht für sich. Keiner in Wipperfürth weiß wann und wo was in Richtung schnelles Internet passiert. Hier erwarten wir mit unserem Antrag eine maximal mögliche Transparenz und einen Zeitplan der aufzeigt wo und wann endlich mal mit was zu rechnen ist.

Regionale 2025:

Alle anderen umliegenden Kommunen haben bereits Anträge und Projekte zur Regionale 2025 angemeldet oder sind dabei Anträge zu verfassen. Hier in Wipperfürth scheint das die Verwaltungsspitze überhaupt nicht zu interessieren. Es werden keine Vorschläge gemacht, es werden keine Ideen eingebracht, auf unsere Nachfragen im Fachausschuss heißt es dann nur "wir sind im regelmäßigen Kontakt mit den Verantwortlichen der Regionale"

Wer die Stadt für die Zukunft ausrichten möchte, und ich zitiere hier erneut aus Ihrer Rede Herr Bürgermeister:

„Es ist meine feste Absicht, die Hansestadt Wipperfürth so gut wie nur eben möglich für die Zukunft aufzustellen“

da gehören unserer Meinung nach auch die überregionalen Themen für die Regionale 2025 zu:

wie geht der Bürgermeister die Mobilität zur Anbindung an die Ballungszentren an, wie geht der Bürgermeister die Entlastung des Verkehrs durch eine mögliche Umgehungsstraße (Südumgehung) an. Nur zwei wichtige Themen, von denen wir bisher überhaupt keine Vorschläge vorgelegt bekommen haben.

Die geforderte S-Bahn Verbindung ist ja nicht nur eine Vision in Wipperfürth. Wer die Presse verfolgt hat, konnte feststellen, dass u.a. die Gemeinde Kürten sich ebenfalls für diese Verbindung einsetzt. Also lassen wir daran arbeiten, diese wichtige Verbindung in den Großraum Köln zu verwirklichen. Und da ist die Regionale 2025 genau das richtige Instrument mit den angrenzenden Kommunen solche Visionen, solche Projekte zu verwirklichen.

Als es Anfang der 2000 er Jahre hieß, wir wollen in zehn Jahren von Marienheide bis Leverkusen mit dem Fahrrad über die alte Bahntrasse fahren haben auch alle gelacht und diese Vision als Hirngespinnst abgetan. Die Regionale 2010 hat die damalige Vision in Realität umgewandelt und heute ist die Bahntrasse gar nicht mehr wegzudenken.

Auch von der bereits beschlossenen Gemeindeentwicklungsstrategie erwarten wir viele Ideen und Visionen, die wir mit in die Regionale 2025 einbringen könnten. Daher erwarten wir, dass die Gemeindeentwicklungsstrategie jetzt zeitnah mit Leben gefüllt wird. Und dafür sind nun mal der Fachbereichsleiter, der erste Beigeordnete und vorrangig der Bürgermeister verantwortlich. Sie drei, meine Herren, sind dafür verantwortlich wie sich die Stadt für die Zukunft aufstellt.

Einzelhandelsgutachten:

Das Ergebnis des am 13. 11.2018 der Öffentlichkeit vorgestellten Einzelhandelsgutachtens zeigt ganz klar auf, das die Zukunft nur gemeinsam gestaltet werden kann und nur gemeinsam der Weg nach vorne angetreten werden muss!

In den Augen der CDU Fraktion sollte der Stein seitens der Stadt ins Rollen gebracht werden. Es reicht in unseren Augen nicht, wenn der Bürgermeister in seiner Rede sagt:

„Die Verwaltung bietet Unterstützung auf ganz unterschiedliche Art und Weise - der Handel vor Ort muss bereit sein, die Angebote der Verwaltung anzunehmen“

und ich zitiere weiter:

„Von Seiten der Verwaltung können wir hierzu in der Regel nur die Rahmenbedingungen mitgestalten.“

Natürlich muss der Handel vor Ort bereit sein die Angebote der Verwaltung anzunehmen, aber die Frage sei gestattet, Herr Bürgermeister, welche Angebote?

Die Initiative muss von ihnen kommen. Den Handel in Wipperfürth wieder nach vorne zu bringen muss ab sofort zur „Chefsache“ erklärt werden. Sie sind der Bürgermeister der Hansestadt und um den Handel wieder nach vorne zu bringen reicht es nicht „...nur die Rahmenbedingungen mit zu gestalten“.

Hier erwarten wir von Ihnen Einsatz und noch viel mehr Engagement!

InHK:

Ebenso erwarten wir von Ihnen einen anderen Einsatz im Baustellenmanagement.

Natürlich ist jedem klar, dass wir im Umsetzungsprozess des InHK mit den Baustellen leben müssen. Eine Baustelle ist immer ärgerlich und zu keinem Zeitpunkt passend – für Niemanden! Unsere Wahrnehmung ist, dass immer größere Unzufriedenheit bei der Bevölkerung aufkommt.

Nicht nur bei den Einzelhändlern, nein mittlerweile auch bei den Menschen in und um Wipperfürth, ja sogar aus den Nachbarkommunen hört man nur noch: „Da kann man ja gar nicht mehr hinfahren, das tue ich mir nicht mehr an“.

Ich will an dieser Stelle nicht polemisieren, aber wir müssen aufpassen, dass wir die Baustellen so gut wie möglich optimieren: in der Größenordnung, in den Bauzeiten, wo auch immer. Es darf nicht sein, dass ein Kölner Tor Platz – immerhin die Hauptachse B 237 / B 506 von Remscheid nach Köln - in dieser Größenordnung abgesperrt wird und dann auch noch über einen solch langen Zeitraum.

Fordern Sie die Tiefbauunternehmen auf, daran zu arbeiten, dass die Baustellen besser, schneller und effektiver werden. Längere Baustellen, die parallel zum InHK laufen, wie z.B. die einseitige Sperrung der Radiumstraße darf in der Größenordnung gleichzeitig gar nicht gestattet werden. Oder auch die Abstimmung mit Straßen NRW. Ich denke nur an die Schließung der B 237 am Wipperstrom. Ja, die Baustelle an der B 237 hat für diese Größenordnung gut funktioniert, aber die zusätzliche Verkehrsbelastung durch die Umleitung über den Busbahnhof war kaum bis gar nicht zu ertragen.

Schon bei der Planung muss klar definiert sein, wie eine Baustelle auszuschreiben ist, damit Sie so wenig wie möglich der Innenstadt schadet.

Mir wird Angst und Bange, wenn ich an die noch ausstehenden Baustellen Stursbergsecke, Kreisel am Baumarkt Blechmann, Kreisel an der Polizeistation und den Busbahnhof denke. Diese zukünftigen Baustellen müssen anders und besser geplant werden. Den Tiefbauern müssen realistische Bauzeiten zugestimmt werden aber es muss Ihnen auch der Rahmen gesteckt werden. Sie! müssen sagen was zu tun ist und nicht umgekehrt!!

Nehmen wir als Beispiel die Baustelle Marktplatz: Der politische Wille den Marktplatz während der Bauzeiten mindestens halbseitig nutzbar zu halten ist nicht nur einmal, sondern mehrmals betont worden. Dieses wurde uns von Ihnen auch immer zugesagt. Seit Beginn der Baustelle war auf einmal nur noch ca. 1/4 des Marktplatzes offen. Auf meine Nachfrage im Fachausschuss bekam ich dann vom Bürgermeister zur Antwort: „Ich habe bisher noch keine Beschwerde gehört, wir kommen da alle gut klar mit.“

Da kann ich nur sagen WUNDERBAR !!!

Da haben aber viele andere eine völlig andere Wahrnehmung.

Kommunikation:

Das Thema Marktplatz hat uns ja in den letzten Wochen und Monaten sehr medienwirksam beschäftigt. Ich will die ganze Debatte hierzu nicht wiederholen, möchte aber zu einem, wie ich finde ganz wichtigen Punkt kommen – die Kommunikation.

Gerade in der letzten ASU Sitzung wurde ja das Thema Kommunikation wieder einmal von beiden Seiten thematisiert. Ihre Reaktion, Herr Bürgermeister, auf die Wortbeiträge seitens der Ausschussmitglieder und insbesondere auf die Beiträge der beiden Fraktionsvorsitzenden Frank Mederlet und Friedhelm Scherkenbach war wieder mal bezeichnend. Jede Kritik, und ich wiederhole mich gerne nochmal, jede Kritik die in meinen Augen sehr sachlich von uns vorgetragen wird, nehmen Sie sofort als Beleidigung auf. Ihre Antworten darauf dagegen sind absolut unsachlich. Souveränität geht anders!

Wir haben niemals, und ich betone NIEMALS, die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung in Frage gestellt. Sie aber stellen es so dar als wenn die Politik die Arbeit der Verwaltung nicht würdigt und vermissen den Rückhalt der Politik. Zeigen Sie mir einen Satz, den meine Ratskollegen oder ich gesagt haben sollen, in denen wir die Arbeit der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Verwaltung in Frage stellen.

Was wir aber monieren, und das zurecht, ist der Informationsfluss. Nehmen wir nur die beiden Themen Villa Sandner und Grauacke, jedes Mal bekommen wir die Informationen nur scheibchenweise serviert. Das, und nichts Anderes, wird von uns bemängelt.

Ein weiteres, sehr wichtiges Thema in der Umsetzung des InHK ist die „Einrichtung der Bushaltestelle Hochstraße“ und die damit verbundene Abbindung dieses Teilstückes. Der politische Wille ist nach wie vor: Abbindung erst dann wenn die Verkehre so fließen, wie sie nach Fertigstellung aller Baustellen des InHK fließen sollen. Auch hier haben der Bürgermeister, der Beigeordnete und der Fachbereichsleiter die Pflicht die Bezirksregierung in regelmäßigen Gesprächen über diese notwendige Verschiebung bis zum Schluß zu überzeugen. Sollten wir dieses Teilstück vorher abbinden müssen, wird das ein Fiasko für die Innenstadt. Nehmen Sie Ihre Verantwortung wahr und führen diese wichtigen Gespräche, die für die nächsten Jahre existenziell für die Stadt sind. Ebenfalls fordert die CDU Sie erneut auf, dass Thema in der Öffentlichkeit zu diskutieren und nicht hinter verschlossenen Türen im Arbeitskreis. Die Vorstellung des zusätzlichen Gutachters, die Sie für den nichtöffentlichen Arbeitskreis planen, muss in der öffentlichen Sitzung des ASU stattfinden und nicht im Arbeitskreis. Die Öffentlichkeit will und muss über diese wichtigen Themen informiert werden.

Es gäbe noch viele weitere Themen die ich gerne ansprechen würde, ich möchte jedoch für heute zum Schluß kommen. Ich darf mich bei Euch, liebe Kolleginnen und Kollegen im Rat für die gute und auch vertrauensvolle Zusammenarbeit bedanken. Viele wichtige Entscheidungen wurden von uns allen gemeinsam für die Zukunft unserer schönen Stadt getroffen. Dies geht nur, wenn man trotz der politischen Gegensätze, das eine Ziel vor Augen hat: Die Zukunft unserer Hansestadt Wipperfurth!